

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 298

3. Dez. 2003

10. Jahrgang

„Was Rigoberta geschehen ist, ist ein Spiegel unserer täglichen Realität“

Anlässlich des 25. November, dem *Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen* veröffentlichen wir – etwas verspätet zwar – das folgende Interview mit Cecilia López Coronado, Koordinatorin der Indígena-Frauenorganisation „Nan Ixi'm“ – „Madre Maíz“ – „Mutter Mais“, in San Marcos, das wir Anfang November mit ihr geführt haben.

Frage: Wer ist und was macht die Organisation „Nan Ixi'm“?

Cecilia López Coronado: Unsere Organisation ist ganz jung. Wir haben erst seit Juni dieses Jahres ein eigenes Büro, in dem wir zu zweit arbeiten. Ich selber vertrete seit zwei Jahren die Mam-Frauen auf nationaler Ebene im Vorstand der *Defensoría de la Mujer Indígena*. Während dieser Zeit erhielten wir von der *Defensoría* sporadisch Geld, um in San Marcos mit den Frauen Kurse durchzuführen. Dabei kam der Wunsch der Frauen hier nach einer konstanteren, kontinuierlichen Arbeit auf.

Im Dezember letzten Jahres haben wir uns formal konstituiert und unser eigenes kleines Projekt formuliert, das im Moment von einer norwegischen Organisation finanziert wird. Das Ziel unserer Arbeit ist die Förderung der politischen Einflussnahme der Maya-Frauen auf Departementebene.

Frage: Wie machen Sie das?

C.L.C.: Es geht darum, die Maya-Frauen darin zu bestärken, sich auf lokal-politischer Ebene einzubringen. Wir brauchen bewusst den Begriff Maya-Frauen und nicht Mam-Frauen, obwohl diese im Departement San Marcos die Mehrheit bilden. Aber es gibt auch die Sipacapa-Frauen, die eine eigene Gruppe mit eigener Sprache sind. Wir wollen sie nicht ausschließen, indem wir uns einfach Mam-Frauen nennen.

Wir arbeiten in den Gemeinden Comitancillo, Sipacapa, San José Ojetenan und Sibinal. Einmal im Monat gehen wir in diese Gemeinden und machen mit den Frauen Kurse und Diskussionsrunden.

Alle unsere Kurse kreisen um das Thema „Politische Einflussnahme der Maya-Frauen auf lokaler Ebene“. Wir haben mit dem Thema Rassismus in Guatemala begonnen. Dann haben wir über das Selbstbewusstsein der Maya-Frauen gesprochen, das in vielen Fällen sehr schwach ist, aufgrund des täglichen Rassismus, dem die Frauen ausgesetzt sind. Weiter haben wir das Gesetz über die Entwicklungsräte behandelt, das Gemeindegesetz und das Dezentralisierungsgesetz. Das sind drei Gesetze, die kürzlich modifiziert wurden und die sehr wichtig sind auf Gemeindeebene.

Im Gesetz über die Entwicklungsräte ist explizit die Teilnahme der Frauen bei allen Entscheidungen auf Gemeindeebene festgeschrieben. Deshalb ist es wichtig, dass die Frauen nicht nur diese Gesetze kennen sondern auch in der Lage

sind, von ihnen Gebrauch zu machen.

Jetzt vor den Wahlen haben wir auch über die teilnehmenden Parteien und die Möglichkeiten der BürgerInnenkomitees gesprochen.

Frage: Worin sehen Sie das Haupthindernis für Maya-Frauen, auf politischer Ebene Einfluss zu nehmen?

C.L.C.: Der guatemalteckische Staat und die guatemalteckische Gesellschaft waren und sind rassistisch. Die Fähigkeiten der Indígenas werden nicht anerkannt. Indígenas waren immer nur Dienstpersonal und billige Arbeitskräfte. Die Situation der Maya-Frauen auf dem Arbeitsmarkt oder an den Universitäten ist noch viel schwieriger.

Der Staat sieht in den Mayas ein Hindernis für den Fortschritt. Unsere Sprachen werden als ein Hindernis für eine einwandfreie Kommunikation betrachtet. Unsere Kleidung soll ein Hindernis für die intellektuelle Entwicklung sein. Bis vor kurzem war es Maya-Frauen verboten, in den staatlichen Schulen die Tracht zu tragen.

Frage: Sie sprechen jetzt vom Staat. Aber den täglichen Rassismus spüren die Maya-Frauen in und von der Gesellschaft, von ihren Mitmenschen. Deren Einstellung gilt es doch in erster Linie zu verändern!

C.L.C.: Ja, aber es ist der Staat, der das alles gesetzlich legitimiert. Die Gesellschaft funktioniert nach einem Muster, das vom Staat festgelegt wird. In den Gesetzen werden die Männer gegenüber den Frauen bevorzugt. Auch wenn wir die Beteiligung an den Wahlen anschauen: Es gibt fast ausschliesslich Männer als Kandidaten.

Es ist nicht einfach nur eine Laune der Männer, dass sie keine Frauen auf die Listen setzen. Diese Diskriminierung ist tief verwurzelt in unserer Gesellschaft und in unseren Gesetzen.

Frage: Können Sie in den Gemeinden, wo sie mit den Frauengruppen arbeiten, diesbezüglich schon Veränderungen feststellen?

C.L.C.: Die Frauen erzählen uns, dass sie sich als wertvolle und geschätzte Menschen fühlen. Sie fordern das Recht ein, sich versammeln zu dürfen, sich austauschen zu können, was bisher nur die Männer gemacht ha-

ben. Sie beginnen, ihre Kinder, Mädchen und Knaben gleichberechtigt zu erziehen. Sie verlangen von den Jungen, dass sie auch bei der Hausarbeit helfen.

Frage: Ich höre immer wieder – vor allem von Männern – dass in der Maya-Kosmvision Männer und Frauen komplementär seien, zwei Teile eines Ganzen. Damit wird das Argument begründet, dass es die Einheit und die Gesellschaft spaltet, wenn man nur mit Frauen arbeitet. Und deswegen würde jegliche Frauen-Förderungsarbeit abgelehnt. Was meinen Sie zu diesem Argument?

C.L.C.: Die Männer haben nicht ganz unrecht mit diesem Argument. Unsere Organisation nennt sich *Madre Maiz*, bezieht sich also ganz klar auf den weiblichen Teil. Die Gruppe in Comitancillo hingegen nennt sich *Zwillingsmaiskolben*. Sie bezieht also diese Komplementarität von Mann und Frau mit ein. In dieser Gemeinde sind die Kurse zwar direkt an die Frauen gerichtet, aber es kommen auch Männer. Sie selber haben ihr Interesse an den Themen ausgedrückt, die wir behandeln. Sie wollen lernen, und sie wollen verstehen lernen, wie sie selber sagen.

Wir befinden uns mit unserer Arbeit in einer Anfangsphase, und diese richtet sich ausdrücklich an Frauen. Später haben wir aber generell vor, auch mit den Männern zu arbeiten. Die Männer müssen wieder lernen, die Meinung der Frauen zu achten und Entscheidungen in Absprache mit den Frauen zu treffen. In Gemeinden, wo die Mayakultur respektiert wird, sagen Männer und Frauen, bevor sie eine Entscheidung treffen: Ich muss zuerst Zuhause nachfragen. Das ist Gleichberechtigung. Ein Mann darf eine Entscheidung nicht allein treffen, sondern er muss seine Frau konsultieren und umgekehrt auch.

Leider ist das aber nicht mehr immer so. Deshalb haben wir uns entschieden, vorläufig mit den Frauen zu arbeiten. Wir wollen in dieser ersten Phase den Freiraum schaffen, wo Frauen lernen und üben können, ihre Meinung zu sagen.

Frage: Bezeichnen Sie sich bzw. ihre Arbeit als feministisch?

C.L.C.: Ich würde mich selber nicht als Feministin bezeichnen. In Guatemala überwiegt immer noch das Verständnis, dass der Feminismus die Männer absolut ablehnt. Das entspricht nicht unserer Kosmvision in der, wie gesagt, Frauen und Männer einander ergänzen.

Wir schauen nicht so sehr darauf, ob jemand eine Frau oder ein Mann ist, sondern es geht darum, wie diese Per-

son ist, wie sie sich anderen gegenüber und in der Gemeinschaft verhält.

Frage: Arbeiten Sie nur in Gruppen oder betreuen Sie auch Einzelfälle?

C.L.C.: Wir betreuen Einzelfälle, aber es ist nicht unsere Priorität. Wenn eine Frau hierherkommt, um uns ihre Probleme zu erzählen, helfen wir ihr natürlich. Meistens geht es dann darum, sie zur Staatsanwaltschaft oder zum Friedensrichter zu begleiten. In diesen Institutionen arbeiten leider Leute, die nur Spanisch sprechen, was für viele Frauen eine Barriere ist. Solange es kein Gesetz gibt, das verlangt, dass die Angestellten in diesen Institutionen zweisprachig sind, betätigen wir uns halt als Übersetzerinnen.

Frage: Wird in den Gemeinden, in denen Sie arbeiten, noch die Maya-Gesetzgebung angewendet?

C.L.C.: In einigen Gemeinden ja. Es wird versucht, Konflikte auf der Dialogebene zu klären. Und erst wenn auf diesem Weg keine Lösung gefunden wird, geht man dann zu den staatlichen Instanzen.

Frage: Glauben Sie, dass in der Maya-Gesetzgebung die Frauen mehr respektiert werden als vor staatlichen Gerichten?

C.L.C.: Ja. Und zwar einerseits, weil die Frau sich in ihrer Sprache ausdrücken kann. Zum anderen ist sie in einer ihr bekannten Umgebung und kennt die Leute, mit denen sie ihr Problem bespricht. In Comitancillo ist es hingegen schon mehrmals vorgekommen, dass eine Frau, die von ihrem betrunkenen Ehemann geschlagen wurde, von der Polizei festgenommen wurde, als sie eine Anzeige erstatten wollte. Der Mann ist ihr zuvorgekommen und hat die Polizisten bestochen.

Frage: Wie würde eine solche Situation nach Maya-Gesetzgebung geregelt?

C.L.C.: Es gibt ein Treffen mit den Eltern, mit den PatInnen und den Ältesten der Gemeinde, und gemeinsam wird nach einer Lösung gesucht. Der Mann muss sich bei der Frau entschuldigen, muss, soweit das geht, den Schaden wieder gut machen und muss vor versammelter Gemeinschaft versprechen, die Frau nicht mehr zu schlagen. Wenn er sein Versprechen nicht einhält, wird er von der Gemeinschaft sanktioniert.

Frage: Ist es nicht sehr schwierig

für eine Frau, die von ihrem Mann geschlagen wird oder von einem Verwandten oder Nachbarn vergewaltigt wurde, mit ihren Eltern und der ganzen Gemeinde darüber zu sprechen? Ist sie damit nicht für den Rest ihres Lebens stigmatisiert?

C.L.C.: In einer Gemeinde, in der die Maya-Gesetzgebung noch wirklich funktioniert und angewendet wird, ist es für die Frau einfacher, darüber zu sprechen, als wenn sie ihre Geschichte vor einem Gericht erzählen muss, wo sie niemanden kennt. Die Gemeinde hingegen bringt Verständnis auf. Und wenn der Täter bekannt ist als Trinker oder Schläger, hat er keine Chance, ungeschoren davonzukommen. Zum anderen ist es auch eine Geldfrage. Wenn eine Frau Geld hat, schafft sie es vielleicht, ein staatliches Gericht dazu zu bringen, ihren Peiniger zu verurteilen. Ist sie aber eine Indígenafrau ohne Geld... Vergessen Sie's!

Es ist aber schon so, dass die Maya-Gesetzgebung immer weniger angewendet wird. Diese Tradition geht mehr und mehr verloren. Diesbezüglich setzen wir grosse Hoffnungen in die Friedensabkommen, denn dort werden unsere Rechte und unsere Traditionen geschützt.

Hier in San Marcos gab es kürzlich ein Treffen der Indígenaorganisationen mit den Justizverantwortlichen, und es wird eine Zusammenarbeit mit den Friedensrichtern in den Gemeinden angestrebt, damit diese die Maya-Gesetzgebung kennen und respektieren lernen. Die anwesenden Richter waren sehr interessiert an einem Austausch.

Frage: Was sind Ihre Forderungen an die neue Regierung in Bezug auf die Rechte der Maya-Frauen?

C.L.C.: Unabhängig davon, wer die Wahlen gewinnt – denn letztendlich sind alle Parteien gleich – fordern wir die Umsetzung der Friedensabkommen. Weiter fordern wir eine Verfassungsänderung, weil dort die Wurzeln aller Diskriminierung vergraben sind.

Die meisten unserer Gesetze wurden im Ausland geschrieben und von Guatemala übernommen. Sie haben nichts mit unserer Realität zu tun. Aber unabhängig davon, wer Präsident wird, werden wir unsere Arbeit weiterführen, werden unsere Analysen und Schlüsse ziehen und unsere Aktivitäten machen.

Frage: Wie beurteilen sie den verbalen und tätlichen Angriff auf Rigoberta Menchú im Verfassungsgericht seitens Mitglieder der FRG?

C.L.C.: Was Rigoberta dort erlebt

hat, ist das tägliche Brot der Maya-Frauen in Guatemala. Wir erleben das überall: Auf dem Markt sagt man Maria zu uns, im Bus schickt man uns in die hinterste Reihe. Nicht nur in den Schulen, in den Banken und in allen öffentlichen Institutionen, sondern auch in den Kirchen und evangelikalen Sekten werden die Maya-Frauen diskriminiert.

Frage: Wie gehen Sie selber mit diesem Rassismus um?

C.L.C.: Wenn ich die Zeit und den Nerv dazu habe, kläre ich die Leute über ein paar Begriffe auf. Manchmal habe ich das Gefühl, die Leute sind sich selber nicht bewusst, was sie sagen. Und dann mache ich mir gerne die Mühe, ih-

nen zu erklären, was Sache ist. Wenn ich aber nicht mag, lass ich es einfach über mich ergehen. Aber ich lasse mich von solchen Sprüchen nicht fertig machen, denn ich weiss schliesslich, wer ich bin.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Ringen um Stimmen

Guatemala, 27. Nov. Derweil die Verliererparteien noch ihre Wunden lecken und die Wahlpropaganda abhängen, sind die zwei „Sieger“ der ersten Wahlrunde vom 9. November, Alvaro Colom von der Partei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) und Oscar Berger von der *Grossen Nationalen Allianz* (GAN), bereits wieder auf Stimmenfang.

Im Vorfeld der Stichwahl vom 28. Dezember ist ihre Kampagne aggressiver als in der ersten Runde, und es kommt endlich auch etwas klarer zum Ausdruck, dass die beiden Kandidaten im Grunde aus dem selben Holz geschnitzt sind. Alvaro Colom, der sich noch vor den Wahlen klar gegen eine finanzielle Entschädigung der ehemaligen Zivilpatrouillisten (Ex-PAC) ausgesprochen hatte, was ihm von vielen Leuten hoch angerechnet wurde, verkündete unterdessen, es sei eine Frage des Aushandelns. Er sei nicht grundsätzlich gegen die Zahlungen an die Ex-PAC. Colom reiste unmittelbar nach der ersten Wahlrunde in die Vereinigten Staaten,

was von den GuatemaltekinInnen unterschiedlich aufgenommen wurde: Die einen sehen eine Gefahr für die Souveränität des Landes, wenn sich die USA in die interne Politik einmischt, die anderen sind sich bewusst, dass ein guatemaltekischer Präsident auf das „Ja-Wort“ des grossen Bruders angewiesen ist, will er an internationale Unterstützung kommen – beides stimmt leider.

Oscar Berger, der unter der indigenen Bevölkerung Terrain wett machen muss, veröffentlichte ein paar Tage nach den Wahlen in der grössten Tageszeitung ein ganzseitiges Inserat, in dem er Rigoberta Menchú zur Eröffnung ihrer *Farmacias Similares* (Apotheken, die zu günstigeren Preisen Medikamente verkaufen, siehe Artikel in diesem ¡Fijáte!) gratuliert. Die Strategie von Berger ist, seinen Vize-Kandidaten Eduardo Stein, der international (auch bei Hilfswerken und sonstigen GeldgeberInnen) grosses Ansehen geniesst, zu Gesprächen und Treffen mit den sozialen Organisationen loszuschicken, um diesen Boden zu beackern.

Wie vor der ersten Wahlrunde reisen die Kandidaten der Stichwahl im ganzen Land herum, treffen sich mit den verschiedensten Sektoren und versuchen, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen.

Am 26. November kam es zum ersten gemeinsamen, öffentlichen Auftritt der beiden Kandidaten. Eingeladen von der Stiftung *Kakulhaa* und dem Nationalen Ältestenrat der Mayas, Xincas und Garifunas, nahmen Berger und Colom an einer Diskussionsveranstaltung teil, bei der sie ihre jeweiligen Regierungsprogramme vorstellten, speziell was die Maya-Bevölkerung betrifft. Auf die Frage aus dem Publikum, welche Massnahmen sie ergreifen werden, um die Partizipation der indigenen Bevölkerung zu garantieren, gaben die beiden folgende aufschlussreichen Antworten. Colom: „Unter der Regierung der „Hoffnung“ wird das Thema „Indígena“ fundamental sein.“ Und Berger: Wir werden die nationale Einheit und Identität fördern und stärken“.

In diesen Tagen gehen die ersten

Gerüchte herum, wen die beiden Kandidaten für die Bildung ihrer Regierung in Betracht ziehen. Sowohl Oscar Berger wie auch Alvaro Colom haben in ihrer nächsten Umgebung und entsprechend in ihrem zukünftigen Kabinett VertreterInnen der Oligarchie, des Militärs, der Wirtschaft, des organisierten Verbrechens und der sozialen und/oder linken Bewegungen. So liess Alvaro Colom z.B. verlauten, er werde das Innenministerium Adela Torrebiarte von der Vereinigung *Madres Angustiadas* anbieten und das Verteidigungsministerium einem „sehr speziellen“ Ex-Militär. Berger seinerseits jongliert mit den Namen von Otto Pérez Molina (ehemaliger Chef des *Präsidialen Sicherheitsstabs* EMP und Sekretär der *Partido Patriota*, einer der drei Parteien, die die GANA bilden), Otto Noack (ehemaliger Militärsprecher), Jorge Briz (Unternehmer) und Eddie Castillo (Kaffeebaron).

Die einzelnen Parteiführungen haben ihre Unterstützung für den einen oder anderen Kandidaten zugesichert. So haben sich die PAN, die Christdemokraten, die *Democracia Social Participativa* und die *Cambio Nacional*, die in der ersten Runde ca. 12% der Stimmen summiert haben, für Colom und die UNE entschieden. Die DIA unterstützt Berger und die GANA, während sich die *Unionistas* und die ANN sich für Stimmfreigabe entschieden haben. Trotz der Gerüchte und dem Ausspruch von Ríos Montt (noch bevor die Wahlergebnisse bekannt waren), er würde den Zweitplatzierten unterstützen, was Richtung UNE wies, verkündete Ríos Montt nun, keine der beiden Parteien zu favorisieren. Die URNG empfiehlt leer einzulegen oder sich zu enthalten.

Auch wenn sich die Parteiführungen entschieden haben, die Basis der meisten Parteien ist gespalten oder kann bzw. will sich nicht entscheiden. So geht es auch den übrigen Sektoren, den LehrerInnen, den StrassenhändlerInnen, den UnternehmerInnen, den Ex-PAC, den Gewerkschaften, den Campesinos und Campesinas: keine dieser Gruppen hat sich bisher geschlossen hinter einen der beiden Kandidaten gestellt.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!**

**2502 Biel
PC: 30-516068-6**

**Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treack**

**Abos:
¡Fijáte!
c/o Christiane Treack**

**Heimstrasse 7
D- 10965 Berlin
Tel. ++49 (0)30/ 6150 7160**

**E-Mail:
c-tree@gmx.net**

**Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandsabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.**

**E-Mail-Abo: 85.- Fr.
Erscheinungsweise vierzehntägig.**

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Die Linke nach den Wahlen

Guatemala, 16. Nov. Das schlechte Resultat der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) bei den Wahlen vom 9. November und die Tatsache, dass die Partei *Allianz Neue Nation* (ANN) vor allem dank Nineth Montenegro überraschend mit sechs Sitzen im zukünftigen Kongress vertreten ist, war für viele KolumnistInnen und PolitologInnen Anlass, über die Zukunft der guatemalteckischen Linken nachzudenken.

Nineth Montenegro, Mitgründerin der Menschenrechtsorganisation *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) und seit den achtziger Jahren bekannt als unerbittliche Verfechterin der Menschenrechte, hat sich in ihrer Arbeit als Kongressabgeordnete in den letzten acht Jahren darauf spezialisiert, Geldverschiebungen innerhalb der Ministerien und ungerechtfertigte Budgeterhöhungen publik zu machen. Ihr ausgezeichnetes Wahlergebnis ist der Beweis dafür, dass die Bevölkerung es durchaus zu schätzen und zu honorieren weiss, wenn einE PolitikerIn offen und transparent arbeitet. Viele PolitologInnen sehen in der ANN die neue linke Kraft, wobei bedacht werden muss, dass Nineth und die ANN ihre Stimmen vor allem in der Hauptstadt gewannen. Landesweit besetzt die ANN dagegen nur ein einziges Bürgermeisteramt. Sie vertritt also in erster Linie eine weisse, intellektuelle Linke. Die Zeit wird zeigen, wie lange die Einheit Nineth – ANN dauert.

Bereits während der Kampagne fiel auf, dass die einzelnen ANN-KandidatInnen ihre je eigene Wahlpropaganda veranstalteten und nie geschlossen als Partei auftraten. Vielleicht lag das daran, dass sie keinen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten hatten. Möglicherweise aber auch, weil sie die ANN nur als ein Vehikel für ihre Präsenz auf der politischen Bühne nutzten.

Für die URNG haben deren Generalsekretärin Alba Estela Maldonado und der Kandidat des Departements Huehuetenango, Víctor Manuel Sales, je einen Sitz im Kongress ergattert. Ausserdem besetzt die Partei sieben Bürgermeisterämter und einen Sitz im *Zentralamerikanischen Parlament PARLACEN*. Im Vergleich zu dem Ergebnis der Wahlen vor vier Jahren, als sie in Allianz mit der ANN und der DIA antrat, ist dies ein jämmerlich schlechtes Resultat.

Zwar wird der URNG allseits zugute gehalten, dass sie die Partei mit dem am besten ausgearbeiteten Regierungsprogramm war, stützt sich dieses doch vor allem auf die Friedensabkommen.

Dass sie mit diesem Programm bei der Bevölkerung nicht angekommen ist, mag damit zu tun haben, dass für viele Leute die Friedensabkommen etwas sind, was von „denen da oben gemacht“ wurde, und womit sich auch heute noch nur wenige wirklich identifizieren. Eine weitere Erklärung für das traurige Resultat der URNG mag sein, dass Alvaro Colom, Präsidentschaftskandidat für die *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE), der noch vor vier Jahren für die linke Wahlallianz (URNG, ANN, DIA) kandidierte, viele potentielle LinkswählerInnen auf sich zog. Auch die Tatsache, dass die Bevölkerung in dieser ersten Wahlrunde nicht für jemanden, sondern in erster Linie gegen Ríos Montt wählte, was zur Folge hatte, dass sie ihre Stimme den realistischen Konkurrenten von Ríos Montt (Oscar Berger und Alvaro Colom) gaben, hatte womöglich einen Einfluss auf das schlechte Abschneiden der URNG.

All diese denkbaren Erklärungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die URNG seit Beginn ihrer Existenz als politische Partei in der Krise steckt. Viele SympathisantInnen kritisieren, dass die Partei den Kontakt zur Basis verloren habe, dass sie für neue Mitglieder oder Allianzen mit anderen Gruppierungen verschlossen sei, dass es innerhalb der Partei Machtkämpfe gäbe, sowie dass viele KandidatInnen bei den Wahlen nur halbherzig bei der Sache gewesen seien und sich entsprechend nicht für die Partei ins Zeug legen wollten. Andere fragen sich, wo das „revolutionäre“ der URNG geblieben sei und werfen der nationalen und departementalen Parteileitung vor, die Partei wie eine Nicht-Regierungsorganisation oder wie ein Unternehmen zu führen: hierarchisch und nach den Interessen der „BesitzerInnen“.

Unbestreitbare Tatsache ist, dass sich die URNG seit ihrer Umwandlung der vier Guerillaorganisationen (FARC, ORPA, EGP und PGT-ND) in eine Partei vor allem mit internen Strukturen und Problemen beschäftigt hat. (Die Ablösung der ANN war eine Folge davon, die, entgegen damaliger Einschätzungen und Hoffnungen, die URNG nicht gestärkt hat.) Gelitten haben darunter ihre politischen „outputs“: Nur in den aller seltensten Fällen hat die URNG Position zum politischen Geschehen im Land bezogen. Nie hat sie es geschafft, ein eigenes Thema auf die politische Tagesordnung zu bringen, wie das Nineth Montenegro immer wieder getan hat.

Nach den Wahlen gab es URNG-

Mitglieder, die unverdrossen optimistisch davon sprachen, in vier Jahren alles anders und besser zu machen, die von Basisarbeit, *fortalecimiento* (Stärkung) und „retten, was zu retten ist“, redeten. Die Selbstkritischeren unter den URNG-Leuten raten, erst einmal eine Analyse des Geschehenen und der Partei an sich zu machen. Es gibt gar Stimmen, die bedauern, dass die Partei „überlebt“ hat, wäre sie doch sonst gezwungen gewesen, grundsätzlich über die Bücher zu gehen. (Eine Partei braucht entweder 4% der abgegebenen Stimmen und/oder mindestens einen Sitz im Parlament, ansonsten erlöscht ihr legaler Status nach den Wahlen). Die URNG-Parteileitung hat sich bis heute – mit Ausnahme von zwei Verlautbarungen zum Wahlsonntag, in denen sie das Resultat akzeptiert und die Gründe für ihr schlechtes Abschneiden ziemlich unselbstkritisch aufzählt – nicht zu Wort gemeldet.

Es ist absehbar, dass die URNG-Spitze wohl die nach der Wahlschlappe übrig gebliebene Energie in die Arbeit im Kongress stecken wird. Währenddessen wird sich das mittlere Kader die nächsten Monate, wenn nicht Jahre über wohl gegenseitig vorwerfen, nicht „genug“ gemacht zu haben. Um eine ehrliche Evaluation des Wahlprozesses wird man sich jedoch vermutlich drücken.

Für Leute aus dem sympathisierenden Parteiumfeld ist jedoch klar: Die nächsten Jahre muss auf die *poder local* („lokale Macht, Stärke“), auf die politische Selbstorganisation in den Gemeinden, auf die zivilen BürgerInnenkomitees, auf die territorialen, indigenen Strukturen gesetzt werden, falls sich das politische Panorama in vier Jahren zu Gunsten der Linken verbessern soll. Ebenfalls klar ist für diese Leute, dass eine solche Arbeit nicht unter dem Namen URNG gemacht werden darf.

Das *Red por la Paz y el Desarrollo de Guatemala* (RPDG), eine Organisation guatemalteckischer MigrantInnen in den USA, rief in einem offenen Brief die ANN und die URNG dazu auf, ihre Arbeit im Kongress zu koordinieren, als „progressiver Block“ aufzutreten und in engem Kontakt zu den sozialen Bewegungen – den BäuerInnen, ArbeiterInnen, LehrerInnen, StudentInnen, Indígenas, Frauen und allen Volks- und Nicht-Regierungsorganisationen – zu stehen. Zudem werden die beiden Parteien aufgefordert, ihre Zwistigkeiten nicht zu vertiefen, sondern zu überwinden und sich anderen progressiven und demokratischen Kräften zu öffnen.

Frauen wählen – gewählte Frauen

Guatemala, 21. Nov. Der Kongress, der sich am 14. Jan. 2004 konstituieren wird, besteht zu 90% aus Männern. Von den 158 Sitzen werden nur 15 (9.5%) von Frauen besetzt. Dieser Anteil entspricht etwa demselben Prozentsatz wie bisher. Zahlenmässig sind zwar mehr Frauen vertreten, doch wurde auch die gesamte Anzahl an Kongressabgeordneten aufgrund der letzten Volkszählung erhöht. Durchschnittlich sind in den zentralamerikanischen Parlamenten knapp 15% Frauen vertreten, Guatemala liegt also deutlich unter diesem Durchschnitt.

Insgesamt haben 254 Frauen für einen Kongresssitz kandidiert. Von den 32, die von der FRG (*Republikanische Front Guatemalas*) postuliert worden waren, wurden sechs gewählt. Für die GANA (*Grosse Nationale Allianz*) sitzen fünf Frauen im Kongress, die ANN (*Allianz Neue Nation*) hat zwei Vertreterinnen, die UNE (*Nationale Einheit der Hoffnung*) und die URNG (*Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas*) je eine.

Es waren vor allem die WählerIn-

nen der Hauptstadt und des Distrikts Guatemala, die den Parlamentarierinnen ihre Stimmen gaben. Von den anderen Departements schicken bloss Chimaltenango, Escuintla, Petén und Quiché je eine Frau in den zukünftigen Kongress, alle vier sind Vertreterinnen der FRG.

Auch wenn die linken Parteien URNG und ANN im Kongress schlecht vertreten sind, stellten diese Parteien verhältnismässig viele Kandidatinnen für die verschiedensten Ämter auf: 17% in der ANN und 22% in der URNG. Auch die FRG hat diesbezüglich ihre Lektion gelernt: 20% aller KandidatInnen der FRG waren Frauen.

Im Vergleich zu den Wahlen 1999 ist der Anteil weiblicher Kandidaturen insgesamt um 80% gestiegen. Die Wahlergebnisse jedoch und ein Blick auf die Platzierung der Frauen innerhalb der einzelnen Listen zeigen, dass die Frauen meistens in den hintersten Rängen figurierten, was ihre Chance, gewählt zu werden, deutlich verringert. Sie wurden also vor allem als Lückenbüsserinnen und Listenfüllerinnen aufgestellt.

Auf der Gemeindeebene haben die Frauen jedoch im Vergleich zu 1999 etwas Terrain gutmachen können. Offenbar ist auf dieser Ebene die Bereitschaft grösser, Frauen in die lokale Politik einzubeziehen und ein Bewusstsein und ein Vertrauen der WählerInnen vorhanden, was die administrativen Kapazitäten der Kandidatinnen betrifft. Insgesamt 70 Frauen kandidierten für eines der 331 Bürgermeisterämter, gewählt wurden lediglich acht. 2.4% aller Bürgermeistereien werden nun von Frauen besetzt, was wenig ist, aber mehr als 1999, als es bloss 0.9% waren. Auch hier liegt die FRG an der Spitze: Vier dieser acht Bürgermeisterinnen sind Mitglieder der FRG. Die PAN stellt zwei, während die GANA und die DIA je eine Bürgermeisterin stellen.

Auch die Anzahl der Wählerinnen hat im Vergleich zu den Wahlen vor vier Jahren zugenommen, zum Teil um das Doppelte. In den Departements Chimaltenango, Retalhuleu und Totonicapán hat die Teilnahme der Frauen an den Wahlen gar um mehr als 70% zugenommen.

Exhumierungen in Comalapa und San Pedro Jocopilas

Chimaltenango, 18. Nov. Eine der bisher grössten und umfangreichsten Exhumierungen findet zur Zeit in Comalapa, Chimaltenango, statt. Durchgeführt wird sie von der Witwenorganisation CONAVIGUA und begleitet von der *Guatemaltekischen Stiftung für forensische Medizin* (FAFG).

Die Ausgrabungen finden auf einem Gelände statt, auf dem viele Jahre lang eine Militärkaserne stand. Von mindestens 25 Personen weiss man mit Bestimmtheit, dass sie auf diesem „klandestinen“ Friedhof liegen müssen. Es können aber bis zu 200 Personen sein, die in den Jahren 1979 bis 1983, während der Regierungszeiten von Lucas García und Ríos Montt, vom Militär ermordet wurden, und deren Leichen hier vergraben sind. Die Resultate der forensischen Untersuchungen werden zu gegebener Zeit dazu dienen, die juristischen Prozesse gegen die Verantwortlichen voranzutreiben. In erster Linie soll aber den Hinterbliebenen die Ungewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen genommen und den Opfern eine würdevolle Bestattung ermöglicht werden. Unter den Opfern von Comalapa befindet sich auch der Vater von Rosalina Tuyuc, der Gründerin von CONAVIGUA.

Mit den Exhumierungen in Comalapa wurde bereits am 25. August begonnen. Anlass dazu gaben die Hinweise einer Gruppe von 36 Frauen, deren

Familienangehörige während des bewaffneten Konflikts verschwunden sind. Anlässlich einer Pressekonferenz zu Beginn der Ausgrabungen äusserte Rosalina Tuyuc die Befürchtung, dass nicht alle Leichen gefunden würden, da vor ca. vier Jahren Militärangehörige das Gelände mit schweren Baumaschinen bearbeiteten und Erdverschiebungen vornahmen.

Die ÄrztInnen der FAFG bekommen seit letztem Februar Morddrohungen. Die Gruppe, die an den Exhumierungen in Comalapa teilnimmt, wurde von Fahrzeugen verfolgt, die gemäss ihren Nummerschildern dem *Präsidentialen Sicherheitsstab* (EMP) angehörten. Die Sonderstaatsanwältin für Menschenrechte, Thelma Peláez, die den Fall der FAFG-Mitglieder führt, erhielt ebenfalls Todesdrohungen. Die Wohnhäuser einiger ihrer Familienangehörigen wurden überfallen, der Versuch, ihre Tochter zu entführen, scheiterte.

Bis Ende September wurden in Comalapa 19 Massengräber geöffnet und über 80 Leichen gefunden, darunter sechs Frauen. Laut den Untersuchungen der forensischen ÄrztInnen wiesen die Leichen Spuren von Gewalt auf. Das Alter der Opfer liegt zwischen 16 und 35 Jahren zur Zeit ihrer Ermordung.

Am 18. Oktober fand vor dem Regierungspalast in Guatemala-Stadt eine grosse Kundgebung der Solidarität mit den Opfern von Comalapa statt. Mit ein-

fachen Holzsärgen, weissen Kreuzen, die mit roter Farbe bedeckt waren, mit Transparenten und Mayazeremonien wurde der Opfer gedacht sowie Gerechtigkeit und das Ende der Straflosigkeit gefordert.

Ende Oktober waren bereits die Leichen von 104 Personen ans Tageslicht gebracht worden. Gleichzeitig begann die FAFG mit den Exhumierungen in San Pedro Jocopilas, Quiché, in einer Kirche, die dem Militär eine Zeit lang als Kaserne diente. In San Pedro vermutet man die Leichen von 20 Personen.

Als CONAVIGUA und die FAFG nach den Wahlen vom 9. November die Exhumierungen in Comalapa wiederaufnehmen wollten, wurden sie von Mitgliedern der Ex-PAC bedroht. In San Pedro sammelten die Ex-PAC Unterschriften, um bei den Behörden zu erreichen, dass die Durchführung von weiteren Exhumierungen verboten würde. Die Drohungen der Ex-PAC richteten sich in erster Linie an Familienmitglieder der Ermordeten und waren so eindeutig und direkt, dass CONAVIGUA während der weiteren Exhumierungen die Begleitung des Menschenrechtsprokurats (PDH) und von der UN-Mission für Guatemala, MINUGUA, anforderte.

„Solange ihre Leichen nicht gefunden sind, sind sie für uns nicht tot“ (Rosalina Tuyuc). Seit 1992 bis heute hat die FAFG landesweit 2472 Leichen exhumiert.

Archive des EMP für immer verloren?

Guatemala, 21. Nov. Ende Oktober wurde mit viel Pomp und grossen Worten seitens Präsident Alfonso Portillo der *Präsidentiale Sicherheitsstab* (EMP) aufgelöst (siehe ¡Fijate! 296). Eine Tat, die allseits begrüsst wurde.

Unterdessen ist jedoch bekannt geworden, dass rund 165 ehemalige EMP-MitarbeiterInnen von der Steuerbehörde (SAT) übernommen wurden. Die SAT ist eine der Institutionen, die immer wieder in Korruptions- und Schmiergeldskandale verwickelt ist. Zudem verfügt sie über eine riesige Datenbank aller Personen, die auf irgendeine Art Steuern abgeben. Die Leute des EMP, auch bekannt als politischer Geheimdienst, sind also in der SAT bestens aufgehoben.

In der Zwischenzeit hat Präsident Portillo ein Regierungsdekret erlassen,

mittels dessen er anordnet, dass alle Dokumente und Archive (öffentliche und geheime), sämtliche Waffen, sonstiges militärisches Material sowie die Fahrzeuge des aufgelösten EMP an die Armee übergeben sollen.

Die Kongressabgeordnete Nineth Montenegro bezeichnet diese Übergabe als illegal. Gemäss den Empfehlungen der Wahrheitskommission CEH, müssen diese Archive dem Menschenrechtsprokurat (PDH) überlassen werden. Auch die UN-Mission für Guatemala MINUGUA äusserte sich besorgt über die „Erbschaft“. Sie ist der Meinung, dass nicht der Präsident, sondern das *Sekretariat für Verwaltungsangelegenheiten und die Sicherheit des Präsidenten* (SAAS), welches die zivile Nachfolge des EMP antritt, entscheiden soll, was mit den Archiven geschieht.

Carolina Vásquez Araya schreibt in einem Kommentar in der Tageszeitung *Prensa Libre*: „Diese wichtigen Dokumente, die zur Untersuchung und Aufklärung vieler Menschenrechtsverletzungen, Entführungen und Morde beitragen können, ans Militär zu übergeben, also in die Hände derer, die auf die eine oder andere Art mitschuldig an diesen Verbrechen sind, ist gleichbedeutend damit, die Fälle *ad acta* zu legen“. (In diesen Archiven befinden sich Dokumente, die u. a. zur Aufklärung der Morde an Mirna Mack und Bischof Juan Gerardi betragen könnten.)

Die Menschenrechtsorganisation GAM versucht nun, auf juristischem Weg die Übergabe der Archive ans Militär zu verhindern und verlangt ebenfalls, dass die Dokumente an die PDH übergeben werden.

Rigoberta als Unternehmerin

Guatemala, 11. Nov. Die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú hat in der guatemalteckischen Hauptstadt die erste ihrer *Farmacias Similares* eröffnet. „Das selbe, aber billiger“ ist der Slogan der Apotheken, in denen Generika zu günstigen Preisen angeboten werden. Ziel ist, die Patentpolitik für Medikamente zu unterwandern. Die neu eröffnete *Farmacia Menchú* ist die erste von insgesamt einhundert, die Rigoberta landesweit plant. Ebenfalls will sie Kliniken aufbauen, in denen graduierte Medizinstudierende und solche, die mittels Stipendium in Kuba studierten, ihre ersten Erfahrungen als ÄrztInnen sammeln können.

Ähnliche Projekte betreibt Menchú bereits erfolgreich in Mexiko. Dort ist sie jedoch kürzlich ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, weil sie vom mexikanischen Kongress eine Revision des *Gesetzes über das geistige Eigentum* verlangte, das eine Begünstigung ihres „Geschäfts“ zur Folge hätte. Der linke mexikanische Kongressabgeordnete Augustín Miguel Alonso warf Menchú vor, sie könne nicht „Anwältin für Menschenrechte spielen und gleichzeitig kaltblütige Unternehmerin sein“.

Auch in Guatemala wird das Projekt der *Farmacias Similares* unterschiedlich aufgenommen. Einerseits begrüsst man die Initiative, fehlt es doch an allen Ecken und Enden an Medikamenten, bzw. sind diese für einen Grossteil der Bevölkerung nicht bezahlbar. Andererseits mutet es laut Ansicht eines Leserbriefschreibers der *Prensa Libre* etwas seltsam an, dass diese erste Apotheke ausgerechnet in der Hauptstadt, unmittelbar neben dem *Parque Central* und nicht irgendwo auf dem Land, wo der Zugang zu Medikamenten erschwert ist, eröffnet wurde.

Angesichts der Werbespots, die wenige Tage vor der Eröffnung im Fernsehen liefen, arbeiten in der Apotheke ausschliesslich *ladinos*. Und das Foto, das am Tag nach der Eröffnung in der Presse

erschien – Rigoberta umgeben von zwei blonden, halbnackten Schönheiten – grenzte auch für nicht prüde Personen an Geschmacklosigkeit.

Ob Rigoberta Menchú tatsächlich

ihre indigene Identität gegen die der Unternehmerin ausgetauscht hat, wie ihr vorgeworfen wird? – (Womit nicht gemeint ist, dass sich die beiden Identitäten gegenseitig ausschliessen!)

Haushaltspläne 2004

Guatemala, 27. Nov. Nachdem die Regierungspartei FRG den Staatshaushalten der Jahre 2001 (22,780 Milliarden Quetzales) und 2002 (Q 23,938 Mrd.) ihren Segen gegeben hat, ohne grösseres Aufheben um die Finanzskandale im Kommunikationsministerium MICIVI, dem Friedensfond FONAPAZ, dem Sozialfond FIS, dem Entwicklungssekretariat SEDESOL oder gar dem Innenministerium zu machen, steht derzeit die Billigung des Etats für 2004 zur Kongress-Debatte. Die FRG nutzt auch hierbei ihre eigene einfache Mehrheit und gab dem Entwurf trotz massiver Einwände von allen Seiten in den ersten zwei Lesungen grünes Licht.

Mit dem geplanten Haushaltsvolumen von Q 33,021 Mrd. wird das Staatsdefizit auf 3,9% des BIP steigen – in den Friedensverträgen ist ein Maximum von 2% festgeschrieben, was einem Etat von Q 29 Mrd. entspräche. Problematisch an diesem Vorhaben ist nicht nur die zu erwartende Schwächung der makroökonomischen Stabilität in Form von erhöhter Inflation und Verschuldung, denn nur Q 20 Mrd. sind voraussichtlich per Steuereinkünfte finanzierbar. Das Heikelste ist die geplante Ausgabenverteilung: Entgegen der Friedensverträge sieht der aktuelle Etatplan 2004 eine Haushaltserhöhung – wieder einmal – für das Militär vor, dem Q 1,262 Mrd. zugeordnet sind. Ferner werden die aus den „Friedensanleihen“ erhaltenen Q 1,6 Mrd. für die Entschädigungszahlungen der ehemaligen Zivilpatriouillen (Ex-PAC) veranschlagt.

Währenddessen werden der Nationalen Zivilpolizei (PNC) und dem Justiz-

wesen gerade einmal die Hälfte dessen zur Verfügung gestellt, was sie für ein ordentliches Funktionieren brauchen. Das Menschenrechtsprokurat (PDH) erhält trotz Antrag bislang ebenfalls keine Etat-erhöhung seiner Q 40 Mio..

Der bis zum 30. Nov. zu verabschiedende Haushaltsplan – bis Redaktionsschluss lag uns das Ergebnis der letzten Lesung im Kongress leider nicht vor – lässt laut Otto Zeissig vom Analyse- und Informationsblatt *Incidencia Democrática* nicht erwarten, dass er den in den Friedensverträgen postulierten Kriterien für die Haushaltsplanung – Langfristige Entwicklungsvision, Garantie der Prioritäten des nationalen Interesses, Orientierung an wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sowie die optimale, effiziente und transparente Nutzung der Ressourcen – entsprechen wird. Die nationalen Interessen beziehen sich dabei auf eine deutliche Erhöhung der Sozialausgaben in den Bereichen Öffentliche Dienstleistung und Disposition grundlegender Infrastruktur, Ausbau der Versorgungseinrichtungen für Gesundheit und Bildung sowie die Förderung des Wohnungsbaus, der Ländlichen Entwicklung und der Arbeitsplatzbeschaffung. Mit ca. 4% des BIP liegt Guatemala seit Jahren unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von 10% des BIP für Sozialinvestitionen.

Mit Nachdruck seien im Planungsrahmen des Etats gemäss Zeissig die Stärkung des Rechtsstaats und die Einhaltung der Menschenrechte zu fördern sowie die Dezentralisierung, Dekonzentrierung und Steuerprüfung voranzutreiben.

